

12. Sitzung Leg.-Periode 2011/2016

Homberg, den 30. Mai 2012

Beginn: 19:00 Uhr

Niederschrift

über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

am 30. Mai 2012

in der Stadthalle, Ziegenhainer Straße 19 a, 34576 Homberg (Efze)

Herr Stadtverordnetenvorsteher Marx eröffnet die Sitzung, begrüßt die Damen und Herren Stadtverordneten, die Mitglieder des Magistrats mit Herrn Bürgermeister Martin Wagner an der Spitze, die Zuhörer, sowie Frau Yüce von der Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen.

Er stellt fest, dass Einwendungen gegen Form, Frist und Inhalt der Einladung nicht erhoben werden, und dass zur Zeit 33 Stadtverordnete im Saal anwesend sind, darunter 12 Stadtverordnete von der SPD, 9 Stadtverordnete von der CDU, 6 Stadtverordnete von der FWG, 4 Stadtverordnete von der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN und 2 Stadtverordnete von der FDP.

Weiterhin stellt er die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Nachträglich gratuliert der Stadtverordnetenvorsteher allen Stadtverordneten, Stadträten und weiteren Personen, die in der Zeit vom 10.05.2012 bis zum 30.05.2012 Geburtstag hatten.

Außerdem teilt er mit, dass die Tagesordnungspunkte 4 und 5 abgesetzt werden.

Anwesend von der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Axel Althaus	CDU	Herr Günther Koch	FWG
Herr Axel Becker	CDU	Frau Edith Köhler	SPD
Herr Klaus Bölling	GRÜNE	Herr Rainer Krannich	CDU
Herr Peter Dewald	CDU	Herr Klaus-Thilo Kroeschell	CDU
Herr Reinhard Fröde	CDU	Herr Friedhelm Lotz	SPD
Herr Stefan Gerlach	SPD	Herr Christian Marx	SPD
Herr Dietmar Groß	FWG	Herr Heinz Marx	SPD
Herr Dietrich Habbishaw	GRÜNE	Frau Sandra Melchior	SPD
Herr Sascha Henschke-Meyl	FWG	Frau Nadine Potstawa	CDU
Herr Bernd Herbold	SPD	Herr Manfred Ripke	FDP
Herr Thomas Hoffmann	FWG	Herr Delf Schnappauf	GRÜNE
Herr Hilmar Höse	GRÜNE	Herr Eckbert Siebert	FWG
Herr Achim Jäger	FWG	Frau Claudia Ulrich	CDU
Herr Joachim Jerosch	SPD	Herr Wilfried Vaupel	SPD
Frau Ursula Jungermann	SPD	Frau Barbara von Gimborn	SPD
Herr Holger Jütte	FDP	Frau Karin Wilhelm	SPD
Herr Wolfgang Knorr	CDU		

Anwesend vom Magistrat:

Herr Bürgermeister Martin Wagner
Herr Erster Stadtrat Gerhard Fröde
Herr Stadtrat Heinrich Engelhardt
Frau Stadträtin Christa Gerlach

Herr Stadtrat Hartmut Höhle
Herr Stadtrat Jürgen Kreuzberg
Frau Stadträtin Ulrike Otto

Zuhörer: 18

T A G E S O R D N U N G

1. a) Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 2012 nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung
b) Beschlussfassung über das Haushaltssicherungskonzept 2012
2. Beratung und Beschlussfassung über den vom Rechnungsprüfungsamt des Schwalm-Eder-Kreises geprüften Jahresabschluss 2008 und Entscheidung über die Entlastung des Magistrats nach § 114 Absatz 1 HGO, in der Fassung vom 16. Dezember 2011
3. Beratung und evtl. Beschlussfassung über die Einrichtung eines Waldkindergartens
4. Aufstellung einer Änderung Nr. 113 zum Flächennutzungsplan der Kreisstadt Homberg (Efze) zur Ausweisung einer Sonderbaufläche (S) für Photovoltaikanlagen für eine Teilfläche südöstlich des Industriegebietes zwischen Bahnlinie und Vogelschutzgebiet/FFH-Gebiet;
hier: Abwägung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und von Bürgern und endgültige Beschlussfassung
5. Aufstellung eines Bebauungsplanes Nr. 61 zur Ausweisung eines Sondergebietes (SO) für Photovoltaikanlagen für eine Teilfläche südöstlich des Industriegebietes zwischen Bahnlinie und Vogelschutzgebiet/FFH-Gebiet;
hier: Abwägung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und von Bürgern und Satzungsbeschluss
6. Erneute Beratung über die Folgenutzung des ehemaligen Amtsgerichts;
hier: Antrag der FWG-Fraktion vom 25.04.2012
7. Anträge
 - a) der SPD-Fraktion vom 26.04.2012
betr. Haltestelle in Berge

b) der SPD-Fraktion vom 26.04.2012
betr. Schutzschirm

c) der SPD-Fraktion vom 26.04.2012
betr. Genossenschaft

d) der FWG-Fraktion vom 26.04.2012
betr. Vorlage der Jahresabschlüsse 2009, 2010 und 2011

8. Sachstandsbericht über noch nicht abgearbeitete Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung

9. Informationen

10. Anfragen

11. Anregungen

VERLAUF UND ERGEBNIS DER BERATUNGEN

ZU DEN EINZELNEN TAGESORDNUNGSPUNKTEN:

Zu Punkt 1:

Gegenstand:

a) Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 2012 nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung

b) Beschlussfassung über das Haushalts-sicherungskonzept 2012

a) Die Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses wird von der Ausschussvorsitzenden, Frau Wilhelm, vorgetragen.

Herr Fraktionsvorsitzender Gerlach stellt fest, dass man versucht habe, den Haushalt 2012 fraktionsübergreifend zu gestalten. Trotz allem sind Rekordschulden geblieben. Er könne jedoch neue Perspektiven für die Stadt erkennen. Er kündigt für eine der nächsten Sitzungen an, einen Antrag einzureichen, dass ein Stadtentwicklungskonzept erstellt wird.

Die SPD habe sich dem Antrag von CDU und FDP aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses angeschlossen.

Da sich die Einnahmesituation deutlich verbessert hat, beträgt der Fehlbetrag nur noch ca. 3,5 Mio. €. Dadurch habe man etwas mehr Handlungsspielraum gewonnen.

Dann spricht er einige Passagen aus seiner Haushaltsrede vom 10. Mai 2012 an und betont, dass man parteipolitisches Interesse nicht durchsetzen solle.

Die SPD wird dem Haushalt zustimmen. Er bittet, weiterhin konstruktiv zusammenzuarbeiten und besonders die Verwaltung dabei einzubinden.

Abschließend geht er auf das gestrige Angebot der BIMA, zum Kauf der Kasernenflächen und das geplante Einkaufszentrum Marktplatz-Ost ein.

Die von Herrn Gerlach angesprochenen Gemeinsamkeiten bezeichnet Herr Fraktionsvorsitzender Kroeschell als guten Weg.

Die Stadtverordnetenversammlung habe sich gequält, bis der Haushalt verabschiedet werden kann. Dieses müsse jedoch jetzt dringend geschehen.

Er unterstützt die Meinung Herrn Gerlachs, die Verwaltung daran zu beteiligen. In weiteren Sitzungen müssten entsprechende Strukturen erarbeitet werden.

Dann geht er auf den Antrag von CDU und FDP ein und nennt besonders die vorgeschlagenen 10% Sperrvermerke auf alle beeinflussbaren Positionen.

Die CDU werde dem Haushalt zustimmen.

Herr Fraktionsvorsitzender Bölling zeigt sich überrascht, weil seine Vorredner von einem neuen Haushalt geredet hätten. Er meint, am Haushalt sei nichts geändert worden.

Der Kassenkredit wurde lediglich von 17 Mio. auf 16 Mio. € gesenkt und eine 10%ige Haushaltssperre vorgeschlagen. Heute liege der gleiche Haushalt wie vor drei Wochen zur Beratung vor.

Das Misstrauen seiner Fraktion gegen die Arbeit des Bürgermeisters bestehe weiterhin.

Er nennt die Großprojekte Bundeswehrflächenankauf und Marktplatz-Ost.

Für seine Fraktion bleibe es bei der ablehnenden Haltung zum Haushalt, da man keine Änderungen erkennen könne.

Auch Herr Fraktionsvorsitzender Jäger spricht den Haushalt vom 10. Mai 2012 und den heutigen an. Ein Unterschied sei nicht erkennbar. Den Antrag von CDU und FDP bezeichnet er als „Sparen light“.

Dann verliest er die Eckdaten des Haushaltes 2012 und nennt das Sprichwort „Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not“.

Anschließend geht er auf den Schuldenstand, Basel II, mögliche Zinssteigerungen, Entwicklung des Kassenkredites und den Kommunalen Schutzschirm ein.

Dann stellt er folgenden Antrag:

Die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Homberg (Efze) beantragt folgende Änderungen, über die getrennt abzustimmen ist, in die Haushaltssatzung 2012 bzw. in das Haushaltssicherungskonzept aufzunehmen:

1) Aufwendungen für Wartung, Instandhaltung und Reparaturen

Die Fraktion der FWG Homberg (Efze) beantragt die Gesamtaufwendungen für Wartung, Instandhaltung und Reparaturen in Höhe von abgerundet 1.300.000,00 € um pauschal 20% zu kürzen.

Die Vergabe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel soll dann nach der Reihenfolge einer zu erstellenden Prioritätenliste erfolgen.

Ersparnis: 260.000,00 €

2) Aufwand für Sach- und Dienstleistungen (ohne Wartung und Reparaturen)

Die Fraktion der FWG Homberg (Efze) beantragt, die Gesamtaufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Wartung und Reparaturen) in Höhe von abgerundet 3.500.000,00 € um pauschal 10% zu kürzen.

Durch die Kürzung um nur 10% wird dem Umstand Rechnung getragen, dass in den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen auch nicht beeinflussbare Kostenpositionen enthalten

sind.

Ersparnis: 350.000,00 €

3) Investitionen – Erwerb von Grundstücken

Position 3030200802

Die Fraktion der FWG Homberg (Efze) beantragt die Streichung dieser Position, da für den Grundstückserwerb aus früheren Haushalten noch mehr als 600.000,00 € investive Ausgabereste zur Verfügung stehen.

Verminderung der investiven Auszahlungen um 210.000,00 €

Zusätzlich wird beantragt, den Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2012 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, um 210.000,00 € zu mindern (§ 2 der Haushaltssatzung).

4) Investitionen Sofortprogramm Abwasser

Position 3070120803

Erteilung eines Sperrvermerks in Höhe von 3.900.000,00 €.

Aus früheren Haushalten stehen noch fast 2.700.000,00 € investive Ausgabereste zur Verfügung, so dass eine Beeinträchtigung der laufenden Zahlungen und Abschlagsrechnungen eher nicht eintreten wird.

Durch die Erteilung des Sperrvermerks soll erreicht werden, dass Kredite nur für Ausgaben des Sofortprogramms Abwasser und nicht zur Begleichung anderer Ausgaben aufgenommen werden.

Die Fraktion der FWG Homberg (Efze) beantragt bei dem Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2012 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, einen Sperrvermerk in Höhe von 3.900.000,00 € kenntlich zu machen (§ 2 der Haushaltssatzung).

5) Höchstbetrag der Kassenkredite

Die Fraktion der FWG Homberg (Efze) beantragt, den Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2012 zur rechtzeitigen Leistung von

Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, auf 12.000,00 € festzusetzen (§ 4 der Haushaltssatzung).

Zum 30.04.2012 waren 8 Mio. € Kassenkredit in Anspruch genommen.

In einer Sondersitzung im Februar 2012 war - wegen dringender Handlungsbedürftigkeit - der Kassenkreditrahmen auf 12 Mio. € erhöht worden. Glücklicherweise hat sich die Finanzsituation bis heute nicht so schlecht wie erwartet entwickelt. Die 4 Mio. € zusätzlicher Kredit mussten bisher nicht in Anspruch genommen werden.

Eine jetzt geforderte weitere Erhöhung des Kreditrahmens auf 17 Mio.€ kann unterbleiben, da die vorhandene Liquiditätsreserve von 4 Mio. € bis zum Jahresende ausreichen müsste und der nächste Haushalt ja spätestens im Dezember dieses Jahres verabschiedet wird.

6) Berichtswesen

Die Fraktion der FWG Homberg (Efze) beantragt, zur Optimierung des städtischen Berichtswesens folgende Maßnahmen zu beschließen und in das Haushaltssicherungskonzept aufzunehmen:

- a) Der Haushaltsplan 2013 ist bis spätestens 15. November 2012 vorzulegen. Die Beschlussfassung soll noch im Dezember 2012 erfolgen.
- b) Berichte über den Haushaltsvollzug sind als Quartalsauswertungen mit Soll und Ist - Vergleichen der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.
- c) Die Liquiditätsplanungen für das Planjahr (Soll/Ist-Vergleiche) sind zusammen mit dem Bericht über den Haushaltsvollzug vorzulegen.
- d) Jahresabschlüsse sind innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Fristen zu erstellen und vorzulegen.
- e) Die Aufstellung der (investiven) Einnahme- und Ausgabereise zum jeweiligen Abschlusszeitpunkt ist als Anlage dem Haushalt des Folgejahres beizufügen.

Durch konsequente Umsetzung dieser Maßnahmen wird die gesetzlich vorgeschriebene Überwachungs- und Kontrollfunktion des Parlaments erheblich gestärkt.

Für die Jahre 2009 – 2011 sollten Mittel aus dem

Landesausgleichsstock beantragt werden, um Einnahmen zu generieren.

Er appelliert, dem Antrag der FWG einstimmig zuzustimmen, um den Sparwillen des Parlaments erkennbar zu machen.

Die FWG wird dem Haushalt, wie von der Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses vortragen, nicht zustimmen.

Herr Jütte teilt mit, die FDP werde dem Haushalt zustimmen, meint jedoch, die jetzt vorgenommenen Ergänzungen hätten auch schon früher eingearbeitet werden können.

Stadtverordnetenvorsteher Marx lässt über den Antrag der FWG abstimmen.

1) Aufwendungen für Wartung, Instandhaltung und Reparaturen

Abstimmung:

Bei 33 anwesenden Stadtverordneten acht Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen.

Damit ist der Antrag abgelehnt.

2) Aufwand für Sach- und Dienstleistungen (ohne Wartung und Reparaturen)

Abstimmung:

Bei 33 anwesenden Stadtverordneten sieben Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen und drei Enthaltungen.

Damit ist der Antrag abgelehnt.

3) Investitionen – Erwerb von Grundstücken

Abstimmung:

Bei 33 anwesenden Stadtverordneten zehn Ja-Stimmen und 23 Nein-Stimmen.

Damit ist der Antrag abgelehnt.

4) Investitionen Sofortprogramm Abwasser

Abstimmung:

Bei 33 anwesenden Stadtverordneten zehn Ja-Stimmen und 23 Nein-Stimmen.

Damit ist der Antrag abgelehnt.

5) Höchstbetrag der Kassenkredite

Abstimmung:

Bei 33 anwesenden Stadtverordneten sieben Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen und drei Enthaltungen.

Damit ist der Antrag abgelehnt.

6) Berichtswesen

Abstimmung:

Bei 33 anwesenden Stadtverordneten 20 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und eine Enthaltung.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt folgender Haushaltssatzung für das Rechnungsjahr 2012, nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung, incl. der im Rahmen der Diskussion beschlossenen Änderungsanträge, zu:

Haushaltssatzung 2012

1. Haushaltssatzung

Aufgrund der §§ 94 ff der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07. März 2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. März 2010 (GVBl. I S. 119) hat die Stadtverordnetenversammlung am folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 wird

im Ergebnishaushalt

im ordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf
mit einem Saldo von

20.456.896,00 EUR
24.930.687,00 EUR
4.473.791,00 EUR

im außerordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf
mit einem Saldo von

4.850,00 EUR
0,00 EUR
4.850,00 EUR

mit einem Fehlbedarf von im Finanzhaushalt	4.468.941,00 EUR
mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	3.209.260,00 EUR
und dem Gesamtbetrag der	
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	580.920,00 EUR
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	7.016.245,00 EUR
mit einem Saldo von	6.435.325,00 EUR
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	5.688.105,00 EUR
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	1.123.235,00 EUR
mit einem Saldo von	4.564.870,00 EUR
mit einem Zahlungsmittelbedarf des Haushaltsjahres von	5.079.715,00 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2012 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf **5.688.105,00 EUR** festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2012 zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **16.000.000,00 EUR** festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2012 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
 - a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) auf **305 v.H.**
 - b) für Grundstücke (Grundsteuer B) auf **305 v.H.**

§ 6

Es gilt der von der Stadtverordnetenversammlung als Teil des Haushaltsplans beschlossene Stellenplan.

Außerdem beschließt die Stadtverordnetenversammlung die folgenden Änderungen:

- Seite 195, Sachkonto 610 1000, Bebauungspläne, Planungskosten, Bauleitplanung, Bundeswehrgelände
Der Betrag wird um die Kosten für die Planung des Bereichs Bebauungsplan Nr. 63 - das heißt um 20.000,00 € - gekürzt. Der verbleibende Rest wird mit einem Sperrvermerk versehen.
- Der von der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion beantragte Änderungsantrag, der wie folgt lautet:

Die CDU-Fraktion und FDP-Fraktion beantragen,

- eine Stellenbesetzungssperre mit folgenden Eckpunkten festzulegen:
Freiwerdende Stellen durch Kündigung oder Erreichen der Altersgrenze sind ohne vorherige zustimmende Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung nicht mehr neu zu besetzen.
Hiervon ausgenommen soll die Einstellung von Auszubildenden und Praktikanten, Vertretungskräften mit Zeitverträgen bis max. zwölf Monate befristet und HausverwalterInnen sowie Reinigungskräfte der Dorfgemeinschaftshäuser sein, die in der Zuständigkeit des Magistrats entschieden werden.

Die Stadtverordnetenversammlung ist in der jeweils nächsten Sitzung darüber zu informieren.

Die Stellenbesetzungssperre gilt bis zur Beschlussfassung des Haushaltes 2013 durch die Stadtverordnetenversammlung.

- Die Festlegung einer Haushaltssperre von 10 % für die in den beeinflussbaren Positionen des Haushaltes enthaltenen Mittel.

Der Magistrat

Homberg (Efze),

Ort, Datum

Abstimmung:

Unterschrift

Bei 33 anwesenden Stadtverordneten 23 Ja-Stimmen
und zehn Nein-Stimmen

b) Bürgermeister Martin Wagner berichtet für den Magistrat.

Herr Gerlach betont, er habe Vertrauen in die Angaben der Verwaltung. Besonders zur Höhe des Kassenkredites. Man habe sich auf die 10% Haushaltssperre geeinigt, deshalb solle man nicht noch weitere Sparmöglichkeiten aus dem Antrag der FWG dazu nehmen, diese jedoch auf den Prüfstand stellen.

Herr Kroeschell betont ebenfalls, dass er Vertrauen in die Zahlen, die die Verwaltung liefere, habe.

Herr Jäger betont, beim Thema ginge es nicht um Vertrauen in die Verwaltung, sondern der Wille zum Sparen sei Inhalt des Antrages seiner Fraktion.

Bürgermeister Martin Wagner merkt zu Nr. 6 aus dem Antrag der FWG an, dieses hätte unter Tagesordnungspunkt 1 b) beschlossen werden müssen.

Er stellt fest, dass mit diesem Beschluss eine hohe zusätzliche Belastung für die Verwaltung einhergehe. Einiges sei überhaupt nicht umsetzbar, auch weil man von den Prüftätigkeiten des Rechnungsprüfungsamtes abhängig sei.

Herr Jäger geht auf die Äußerungen des Bürgermeisters und erneut auf den Antrag seiner Fraktion ein.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem im Entwurf vorliegenden Haushaltssicherungskonzept 2012 zu.

Gleichzeitig wird beschlossen, folgendes in das Haushaltssicherungskonzept aufzunehmen:

- a) Der Haushaltsplan 2013 ist bis spätestens 15. November 2012 vorzulegen. Die Beschlussfassung soll noch im Dezember 2012 erfolgen.
- b) Berichte über den Haushaltsvollzug sind als Quartalsauswertungen mit Soll und Ist - Vergleichen der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

- c) Die Liquiditätsplanungen für das Planjahr (Soll/Ist-Vergleiche) sind zusammen mit dem Bericht über den Haushaltsvollzug vorzulegen.
- d) Jahresabschlüsse sind innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Fristen zu erstellen und vorzulegen.
- e) Die Aufstellung der (investiven) Einnahme- und Ausgabereise zum jeweiligen Abschlusszeitpunkt ist als Anlage dem Haushalt des Folgejahres beizufügen.

Abstimmung:

Bei 33 anwesenden Stadtverordneten 29 Ja-Stimmen und vier Enthaltungen.

Zu Punkt 2:

Gegenstand:

Beratung und Beschlussfassung über den vom Rechnungsprüfungsamt des Schwalm-Eder-Kreises geprüften Jahresabschluss 2008 und Entscheidung über die Entlastung des Magistrats nach § 114 Absatz 1 HGO, in der Fassung vom 16. Dezember 2011

Die Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses wird von der Ausschussvorsitzenden, Frau Wilhelm, vorgetragen.

Bürgermeister Martin Wagner berichtet, der Magistrat legt den geprüften Jahresabschluss 2008 zur Beratung und Beschlussfassung, gemäß § 113 HGO, und zur Entscheidung über die Entlastung des Magistrats, gemäß § 114 Absatz 1 HGO, der Stadtverordnetenversammlung vor.

Außerdem hat der Magistrat folgende Haushaltsüberschreitungen genehmigt:

Im Ergebnishaushalt im Budget Nr. 8, Hessentag, von 129.811,26 €. Diesen Mehraufwendungen stehen Mehrerträge von 177.014,71 € entgegen.

Im Budget Nr. 16, Bauhof, von 1.725,94 € und im Budget Nr. 17, Personal- und Versorgungsaufwendungen, von 4.976,50 €.

Diese Überschreitungen werden der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis vorgelegt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den vom Magistrat gemäß § 113 und § 114 HGO vorgelegten Jahresabschluss 2008 mit dem Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes und erteilt dem Magistrat gemäß § 114 Absatz 1 HGO, in der Fassung vom 16. Dezember 2011 Entlastung.

Abstimmung:

Bei 33 anwesenden Stadtverordneten 26 Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen

Zu Punkt 3:

Gegenstand:

Beratung und evtl. Beschlussfassung über die Einrichtung eines Waldkindergartens

Bürgermeister Martin Wagner wiederholt Informationen zum Sachverhalt aus der letzten Sitzung und geht auf die Anmeldungen der Kinder für das neue Kindergartenjahr und die bestehende Warteliste ein.

Der Magistrat hat beschlossen, zunächst keinen Waldkindergarten einzurichten, sondern dieses für das Kindergartenjahr 2013/2014 zu prüfen und der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorzulegen.

Er schlägt vor, das Thema in den Fachausschuss zu verweisen.

Herr Bölling bezeichnet das Vorhaben als ein sinnvolles Konzept, das zur Attraktivität der Stadt beitragen wird.

Die Verwaltung möge die Zahlen prüfen und dem Ausschuss entsprechend berichten. Er glaubt, dass im Fall der Einrichtung eines Waldkindergartens weitere Kinder angemeldet werden.

Herr Kroeschell unterstützt die Ausführungen Herrn Böllings.

Herr Gerlach schließt sich beiden Vorrednern an. Allerdings müsse ein Bedarf nachgewiesen und die bestehenden Kindergärten dürfen nicht in ihrer Existenz bedroht werden.

Bedenken müsse man auch, dass ein Waldkindergarten Geld kosten werde.

Herr Jäger stimmt ebenfalls mit allen Vorrednern

überein, da ein Waldkindergarten innovativ, kostengünstig und ideal für Kinder sei.
Auch er empfiehlt, dem Ausschuss aktuelle Zahlen vorzulegen.

Auch Herr Fraktionsvorsitzender Ripke schließt sich im Namen seiner Fraktion wohlwollend der Einrichtung eines Waldkindergartens an und unterstützt eine Verweisung an den Fachausschuss.

Da sich alle Anwesenden über eine Verweisung in den Ausschuss einig sind, verzichtet der Stadtverordnetenvorsteher auf eine Abstimmung.

Zu Punkt 4:

Gegenstand:

Aufstellung einer Änderung Nr. 113 zum Flächennutzungsplan der Kreisstadt Homberg (Efze) zur Ausweisung einer Sonderbaufläche (S) für Photovoltaikanlagen für eine Teilfläche südöstlich des Industriegebietes zwischen Bahnlinie und Vogelschutzgebiet/FFH-Gebiet;

hier: Abwägung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und von Bürgern und endgültige Beschlussfassung

Abgesetzt.

Zu Punkt 5:

Gegenstand:

Aufstellung eines Bebauungsplanes Nr. 61 zur Ausweisung eines Sondergebietes (SO) für Photovoltaikanlagen für eine Teilfläche südöstlich des Industriegebietes zwischen Bahnlinie und Vogelschutzgebiet/FFH-Gebiet;

hier: Abwägung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und von Bürgern und Satzungsbeschluss

Abgesetzt.

Zu Punkt 6:

Gegenstand:

Erneute Beratung über die Folgenutzung des ehemaligen Amtsgerichts;

hier: Antrag der FWG-Fraktion vom 25.04.2012

Herr Jäger verliest den Antrag seiner Fraktion und begründet diesen.

Die Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses wird von der Ausschussvorsitzenden, Frau Wilhelm, vorgetragen.

Herr Bölling meint, das Ärztehaus bringe Homberg (Efze) nach vorn. Es sei gut, dass man heute erneut darüber diskutiert, da sich das Vorhaben weiter entwickelt habe.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen findet die Entwicklung gut, da es als realistisch einzustufen sei und kein Großprojekt darstelle.

Herr Gerlach unterstützt Herrn Böllings Meinung und dankt der Antragstellerin.

Er glaubt, das Ärztehaus sei ein Magnet für die Innenstadt. Kleinteiligkeit sei besser als ganz große Lösungen und man mache das Leben in der Innenstadt dadurch attraktiver. Er dankt allen Verantwortlichen für ihre Tätigkeit.

Herr Kroeschell ist einig mit seinen Vorrednern und bezeichnet das Ärztehaus als gut für Homberg (Efze).

Herr Ripke schließt sich ebenfalls an, lobt Herrn Architekten Gontermann und geht auf die Kostensituation ein.

Herr Höse vermisst die vom Haupt- und Finanzausschuss vorgetragene neuen Zahlen in Form einer Tischvorlage.

Bürgermeister Martin Wagner spricht das Förderprogramm JESSICA, Beratungen im Magistrat, die Planer Gontermann und Ziegler sowie einige Mitarbeiter der HLG, das Flächenmanagement, Gespräche mit ansiedlungswilligen und niedergelassenen Ärzten an.

Er dankt Herrn Möller, als direkten Nachbarn, der Lärm und Schmutz ausgehalten hat und den bauausführenden Firmen, die es möglich machen, dass pünkt-

lich zum 01. Juli 2012 eröffnet werden kann.
Abschließend betont er die Wichtigkeit der Innenstadtstärkung, die nur gemeinsam erreichbar sei.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt aufgrund des geänderten Nutzungskonzepts, der abschließend erfolgten Ausschreibungen und exakten Massenermittlungen für den Umbau des ehemaligen Amtsgerichts zum Ärztehaus folgende Finanzierung des Projekts:

JESSICA Darlehen	505.933,00€	
Stadtumbaumittel aus 2006	194.200,00€	Zuzüglich Städtischer Anteil 30% von förderfähigen Kosten in Höhe von 277.400€ = 83.200,00€
Stadtumbaumittel Förderantrag 2012	242.900,00€	Zuzüglich städtischer Anteil 30% von förderfähigen Kosten in Höhe von 347.000€ = 104.100€
Kapitalmarktfinanzierung (Darlehen)	616.511,46€	
Gesamtsumme:	1.559.544,46€	

Die bisherige Finanzierung beruhte auf Kostenschätzungen und einem Nutzungskonzept mit 830m² vermietbarer Fläche. Die tatsächlichen Kosten konnten erst nach endgültiger Fertigstellung des Nutzungskonzepts mit einer vermietbaren Fläche von 1.199,47m² und nach Abschluss aller Ausschreibungen ermittelt werden.

Abstimmung:

Bei 33 anwesenden Stadtverordneten 28 Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen und drei Enthaltungen

Zu Punkt 7:

Gegenstand:

Anträge

- a) **der SPD-Fraktion vom 26.04.2012 betr. Haltestelle in Berge**

Der Antrag wird von Herrn Gerlach begründet.

Herr Kroeschell unterstützt den Antrag, da es sich um einen wichtigen Wunsch der Bürgerinnen und Bürger handelt.

Herr Höse bezeichnet die Situation an der B 254 als unerträglich und bittet den Magistrat, im Sinne der Fahrgäste zu entscheiden.

Herr Siebert ergänzt, der stattgefundenen Orts termin sei sehr sinnvoll gewesen. Er bedauert, dass die Fachleute von NVV und der NSE sowie der Polizei das Vorhaben abgelehnt haben. Lediglich Herr Stadtrat Monstadt habe Abhilfe versprochen.

Herr Ripke teilt mit, dass er am Ortstermin teilgenommen hat und erkannt habe, wie wichtig eine sinnvolle Problemlösung ist. Die FDP unterstützt den Antrag.

Erneut spricht Herr Kroeschell.

Dann lässt der Stadtverordnetenvorsteher über den Antrag abstimmen:

„Der Magistrat wird gebeten, eine Kostenschätzung für den Bau einer sicheren Bushaltestelle in Berge incl. der Kosten für Grundstückserwerb, Bürgersteig, Beleuchtung, Wartehäuschen so wie sonstiger erforderlicher Bau- und Infrastrukturkosten vorzulegen und hierzu Fördermöglichkeiten aufzuzeigen. Gleichzeitig wird der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Energie, unter Einbeziehung des Berger Ortsbeirates gebeten, den Sachverhalt zu beraten und entsprechende Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen.“

Abstimmung:

Bei 33 anwesenden Stadtverordneten 33 Ja-Stimmen

**b) der SPD-Fraktion vom 26.04.2012
betr. Schutzschirm**

Herr Gerlach gibt bekannt, dass man Bedenken habe, ob ein Bürgerentscheid zulässig ist. Er habe jedoch nicht gegenteiliges feststellen

können.

Dann bittet er, den Wortlaut ... einen Bürgerentscheid gem. § 8b HGO durchzuführen. ... zu ändern in ... die Durchführung eines Bürgerentscheids gem. § 8b HGO zu prüfen.

Danach begründet er den Antrag und stellt abschließend fest, dass man auch ohne den § 8b mit den Bürgerinnen und Bürgern in einen Dialog treten muss.

Herr Schnappauf spricht das Thema § 8b an und teilt mit, er sehe keinen Sinn, in einem solchen Vorhaben. Dieses müsse politisch geklärt werden.

Herr Ripke fragt, ob man unbedingt ein Bürgerbegehren durchführen müsse, oder ob es sich lediglich um Bürgerbeteiligung handeln solle.

Die Bürger zu beteiligen sei immer gut, stellt Herr Kroeschell fest. Allerdings müssen diese auch ausreichend informiert sein.

Herr Jäger zweifelt, ob es rechtlich möglich und auch sinnvoll ist, die Bürger und nicht das Parlament entscheiden zu lassen.

Nach Meinung Herrn Groß ist eine Bürgerbeteiligung notwendig. Die FWG sei ein Indiz dafür. Wichtig sei auch eine umfassende Information der Bürger. Er ist gegen den § 8b, dieses müsse das Parlament entscheiden.

Herr Gerlach geht auf die Äußerungen seiner Vorredner ein.

Herr Hoffmann spricht die Informationsveranstaltung in Borken zum Thema an.

Herr Ripke empfiehlt, den Antrag in Bürgerbeteiligung zu ändern.

Bürgermeister Martin Wagner kündigt an, über den Hessischen Städtetag und das Finanzministerium prüfen zu lassen, ob ein Bürgerbegehren zulässig ist.

Wichtig ist jedoch, die Bürger einzubinden.

Das Thema sei würdig in der Bevölkerung diskutiert zu werden, meint Herr Schnappauf. Er nennt rechtliche Voraussetzungen für Bürgerbegehren und Bürgerentscheid und meint, der beantragte Weg sei falsch.

Herr Gerlach will den Hinweis Herrn Ripkes aufgreifen und schlägt vor, die Formulierung entsprechend zu ändern. D. h. einen Bürgerentscheid gem. § 8b HGO durchzuführen zu streichen und dafür zu schreiben eine geeignete Form der Bürgerbeteiligung zu finden und dieses in der Arbeitsgemeinschaft zu beraten.

Abstimmung:

Bei 33 anwesenden Stadtverordneten 27 Ja-Stimmen und sechs Nein-Stimmen

**c) der SPD-Fraktion vom 26.04.2012
betr. Genossenschaft**

Herr Gerlach begründet den Antrag.

Herr Groß zeigt sich völlig mit dem Antragsziel einig und schlägt vor, dieses im Energiebeirat der KBG zu bearbeiten.

Er stellt den Antrag, dass die städtischen Mitglieder des Energiebeirates der KBG das Thema auf die Tagesordnung bei der KBG setzen lassen, um Zeit zu sparen.

Nach Herrn Kroeschell ist die CDU anderer Meinung.

Nicht die Stadt, sondern die Bürger sollten tätig werden.

Herr Gerlach stellt fest, der Magistrat solle gebeten werden, zu prüfen. D. h. nicht die Stadt solle eine Genossenschaft gründen.

Es gäbe sicherlich mehrere Möglichkeiten, eine Genossenschaft zu gründen, meint Bürgermeister Martin Wagner.

Es werde wohl weder die KBG noch eine Bank sein. Dieses müsse durch die Bürger erfolgen. Dazu solle jemand das Heft des Handelns in die Hand nehmen.

Herr Schnappauf meint, es sei Sache der Bürger und nicht des Magistrats. Dazu erwähnt er das Beispiel Wolfhagen. Dortige Fachleute könnten sicherlich bei einer Gründung helfen. Ebenfalls könnte von Genossenschaftsverbänden Hilfe kommen.

Herr Gerlach wundert sich über die Äußerungen zur Gründung einer Genossenschaft. Es sei wohl nicht so leicht, wie einige glauben. Deshalb habe man auch als Anstoß den Prüfauftrag an den Magistrat beantragt.

Herr Groß ergänzt seinen Änderungsantrag und hofft auf Unterstützung durch die KBG.

Man solle nicht diskutieren, sondern handeln, meint Herr Kroeschell. Die Bürger sollen voranschreiten, damit andere folgen können.

Lt. Herrn Bürgermeister Martin Wagner könne die Stadt das Thema nicht zwingend voran treiben.

Man solle nicht nur prüfen, sondern eine Genossenschaft gründen. Die KBG bzw. die VR-Bank Schwalm-Eder würden sicherlich dabei helfen.

Dann lässt der Stadtverordnetenvorsteher über den Änderungsantrag Herrn Groß abstimmen.

Abstimmung:

Bei 32 anwesenden Stadtverordneten sechs Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen und drei Enthaltungen.

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Dann lässt er über den ursprünglichen Antrag abstimmen.

Abstimmung:

Bei 32 anwesenden Stadtverordneten 12 Ja-Stimmen, acht Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen.

Vor der Abstimmung hat Herr Ripke den Saal verlassen.

**d) der FWG-Fraktion vom 26.04.2012
betr. Vorlage der Jahresabschlüsse 2009, 2010
und 2011**

Der Antrag wird von Herrn Hoffmann begründet.

Herr Bölling meint, es sei ein Problem, dass man heute erst über den Jahresabschluss 2008 beschlossen habe.

Er bezeichnet deshalb das Antragsziel als grotesk, obwohl die Vorlagen notwendig sind.

Herr Hoffmann weist die Äußerungen Herrn Böllings zurück, denn man verlange keine geprüften Jahresabschlüsse. Ausreichend seien vorläufige Jahresabschlüsse als Information über die finanzielle Lage.

Herr Kroeschell geht auf die Äußerungen der Herren Bölling und Hoffmann ein.

Herr Gerlach meint, der Antrag sei inhaltlich unter Tagesordnungspunkt 1b beschlossen worden.

Im Antrag werde zusätzlich der Magistrat ermächtigt, Arbeiten zu vergeben. Bei unserer Haushaltslage solle man damit vorsichtig sein.

Er rät der FWG, den Antrag zurückzuziehen und zu überlegen, wie man der Verwaltung helfen könne.

Herr Jäger sagt, Herr Gerlach habe im Grunde recht.

Mit dem Antrag wolle man Zahlen erhalten.

Er möchte den Antrag in einen Prüfantrag ändern und an den Haupt- und Finanzausschuss verweisen.

Wenn der Haushalt 2013 zeitig verabschiedet werden kann, habe man aktuelle Zahlen vorliegen, stellt Herr Bölling fest.

Dem Prüfantrag könne die CDU zustimmen, teilt Herr Kroeschell mit.

Bürgermeister Martin Wagner meint, für den Antrag von Geldern aus dem Landesausgleichsstock sei ein geprüfter Jahresabschluss erforderlich.

lich.

Bei vorläufigen Jahresabschlüssen seien ca. 30% der Zahlen geschätzt. Die angesprochenen Abschlüsse können zeitnah geliefert werden.

Dies sei in Tagesordnungspunkt 1b bereits beschlossen worden.

Dann lässt der Stadtverordnetenvorsteher darüber abstimmen, den Antrag als Prüfantrag an den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen.

Abstimmung:

Bei 32 anwesenden Stadtverordneten 32 Ja-Stimmen

Zu Punkt 8:

Gegenstand:

Sachstandsbericht über noch nicht abgearbeitete Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung

Der Sachstandsbericht wird dem übernächsten Protokoll beigelegt.

Zu Punkt 9:

Gegenstand:

Informationen

Der Stadtverordnetenvorsteher teilt mit, dass die für den 29. Juni 2012 geplante Stadtverordnetensitzung auf den 12. Juni 2012 vorgezogen wird.

Bürgermeister Martin Wagner informiert über die Eingabe der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen betr. Prüfung eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Homberg (Efze), hinsichtlich des Ankaufs der für den Bau und Betrieb des geplanten Photovoltaikparks erforderlichen Grundflächen usw.

Die Aufsichtsbehörde führt in dem letzten Satz ihres Schreibens aus:

Nach alledem konnten Gesetzesverstöße, die allein im Rahmen der von der Aufsichtsbehörde nach §§ 135 ff. HGO obliegenden Aufsicht geahndet werden könnten, im Hinblick auf den am 04.04.2012 von der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Homberg (Efze) gefassten Beschluss, nicht festgestellt werden.

Weiterhin informiert er über die Prolongation eines Kommunaldarlehens in Höhe von 435.402,22 € per 01.06.2012.

Per 01.06.2012 läuft bei einem Kommunaldarlehen der Landesbank Hessen-Thüringen die Zinsbindung aus. Es handelt sich um ein Annuitätendarlehen. Die ursprüngliche Darlehenshöhe betrug 500.000,00 €. Der Magistrat hat beschlossen, das Darlehen bei der Kreissparkasse Schwalm-Eder mit einer variablen Verzinsung (6-Monats-Euribor) von zur Zeit 1,56 %, bei einer Tilgung von 1%, abzuschließen.

Weiterhin hat der Magistrat in einer seiner letzten Sitzungen beschlossen, einen neuen Baubetriebshofleiter, möglichst ab 01. Juli 2012, befristet für ein Jahr einzustellen.

Heute ist der zukünftige Geschäftsführer des Stadtmarketingvereins Homberg (Efze) e.V., Herr Dr. Dirk Richhardt, anwesend.

Bürgermeister Martin Wagner stellt ihn vor und dankt gleichzeitig dem ausgeschiedenen Geschäftsführer Meik Ebert für seine Arbeit.

Zu Punkt 10:

Gegenstand:

Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Zu Punkt 11

Gegenstand:

Anregungen

Herr Althaus stellt fest, dass die Ziegenhainer Straße und die Robert-Bosch-Straße auch als Radweg genutzt werden.

Er regt an, zu prüfen, ob das Ortsschild nach außen verlegt werden kann, auch um die Fußgängersituation zu verbessern.

Weiterhin hat er festgestellt, dass die Wege am Burgberg teilweise vermüllt sind.

Er regt an, diese durch den Bauhof sauber halten zu lassen oder Patenschaften dafür zu finden, um Touristen und Einheimischen gute Wege zu bieten.

Herr Kroeschell regt an, an allen Ortseingängen Hinweise auf die Touristinformation anzubringen und das Gebäude als solches deutlicher zu kennzeichnen.

Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 22:28 Uhr.

Geschlossen :



Bottenhorn, Protokollführer



Marx, Stadtverordnetenvorsteher